



Einleitung

Diese Ausgabe ist die dritte einer Reihe von Newslettern, die sich eingehender mit den Arbeitsgruppen und Board Task Forces des CED, ihren politischen Prioritäten für 2012-2013 und vor allem mit den Fachleuten beschäftigt, die deren Arbeit erst möglich machen. Die vorliegende Ausgabe befasst sich insbesondere mit der **CED-Arbeitsgruppe Zahnbleichmittel**. Teil I berichtet wie gewohnt über die politischen Aktivitäten des CED-Präsidenten und der Vorstandsmitglieder sowie über die Arbeit der CED-Arbeitsgruppen, Board Task Forces und des Brüsseler Büros. In Teil III haben CED-Mitgliedsverbände die Möglichkeit, ihre Standpunkte zu aktuellen Sachverhalten darzulegen.

TEIL I - INTERNE AKTIVITÄTEN DES CED

CED-PRÄSIDENT

SCHREIBEN AN DIE VIZEPRÄSIDENTIN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION VIVIANE REDING

Am 1. August richtete CED-Präsident **Wolfgang Doneus** ein Schreiben an die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, **Viviane Reding**, mit der Bitte um Klärung einiger Bestimmungen des [Vorschlags der Europäischen Kommission für eine Datenschutz-Grundverordnung](#), insbesondere der Auswirkungen dieser Verordnung auf Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen. Der CED wartet seither auf eine Antwort, deren zeitnaher Eingang zugesagt worden war.

Am 5. September reiste der CED-Präsident nach Brüssel zu einem Treffen mit MdEP Emma McClarkin, Schattenberichterstatterin der ECR-Fraktion über die Berufsqualifikationsrichtlinie im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO), um den Standpunkt des CED zu dieser Richtlinie darzulegen. Dabei wurden mehrere Punkte erörtert, u.a. die Risiken einer stillschweigenden Anerkennung (Artikel 4d/5 des Vorschlags der Kommission zur Berufsqualifikationsrichtlinie) und die Mindestdauer der zahnärztlichen Ausbildung, wo der

CED die Einführung eines Doppelkriteriums in die Berufsqualifikationsrichtlinie (5 Jahre und 5000 Stunden theoretischer und praktischer Unterricht auf Vollzeitbasis) sowie eine Bezugnahme auf 300 ECTS befürwortet. Der Präsident nahm auch an einer von der Europäischen Plattform für bessere Mundgesundheit im Europäischen Parlament mit Unterstützung der österreichischen Europa abgeordneten Karin Kadenbach (S&D) und ihres rumänischen Kollegen Dr. Cristian Silviu Buşoi (Liberale) organisierten Veranstaltung teil, auf der der Bericht [State of Oral Health in Europe](#) vorgestellt wurde.

CED-VORSTAND

SITZUNG AM 14. SEPTEMBER

Am 14. September kam der CED-Vorstand in Brüssel zu seiner vierteljährlichen Sitzung **zusammen**. Dabei wurden die politischen Aktivitäten des CED seit der letzten Vorstandssitzung im Mai und die aktuellen politischen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Berufsqualifikationsrichtlinie, der Überprüfung der Gemeinschaftsstrategie für Quecksilber, Zahnbleichmitteln, der Medizinprodukterichtlinie, dem UDI-System und der Datenschutz-Grundverordnung erörtert.

Der Vorstand genehmigte eine Reihe von Initiativen der Arbeitsorgane des CED, die derzeit anlässlich der CED-Vollversammlung im November in Brüssel vorbereitet werden.

Dazu zählen u.a. der Entschleunigungsentwurf des CED zu E-Health und die Teilnahme des CED am I2-FRESCO Projekt (Integrated intervention against physical frailty [Integrierte Intervention gegen körperliche Gebrechlichkeit]) - Work Stream 1 zu Gesundheitskompetenz unter Federführung des CPME. Weitere Tagesordnungspunkte waren die die Finanzlage des CED, der CED-Haushaltsentwurf 2013, die Aktualisierung des EU-Handbuchs sowie die Kommunikationsaktivitäten des CED.

CED-ARBEITSGRUPPEN

ARBEITSGRUPPE AMALGAM UND ANDERE RESTAURATIONSMATERIALIEN

Am 10. Oktober übermittelte der CED seine Antwortschreiben auf die Aufforderungen zur Bereitstellung von Informationen "(calls for information)" des Wissenschaftlichen Ausschusses „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken" ([SCENIHR](#)) zur Sicherheit und Verwendung von Dentalamalgam und anderen alternativen Zahnersatzmaterialien sowie des Wissenschaftlichen Ausschusses „Gesundheits- und Umweltrisiken" ([SCHER](#)) zu Umweltrisiken und indirekten gesundheitlichen Auswirkungen von in Amalgam enthaltenem Quecksilber. Diese Aufforderungen wurden veröffentlicht, um die beiden Wissenschaftlichen Ausschüsse bei der Aktualisierung

ihrer Gutachten zu Dentalamalgam aus dem Jahr 2008 zu unterstützen (siehe [SCENIHR-](#) und [SCHER-](#)Mandate). Weitere Informationen werden auf der CED-Vollversammlung im November bereitgestellt.

Am 22. Oktober **trafen sich die Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Susie Sanderson, CED-Mitglied Stuart Johnston und die politische Referentin des CED, Sara Roda, mit zwei Vertretern der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz (GD SANCO) der Europäischen Kommission**, um u.a. zu erfahren und zu erörtern, welchen Standpunkt die EU künftig zu Dentalamalgam in der [Gemeinschaftsstrategie für Quecksilber](#) und gegenüber dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) einnehmen wird, das gegenwärtig ein globales Quecksilberübereinkommen erarbeitet. Dabei hatte der CED Gelegenheit zu erläutern, dass Prävention der zukunftsweisende Weg ist, um die Verwendung von Dentalamalgam in den Mitgliedstaaten zu reduzieren. Eine Schwachstelle sieht der CED (und auch die FDI) darin, dass die Mitgliedstaaten sich momentan allein auf die Symptome (Karies) konzentrieren, anstatt sich damit zu beschäftigen, wie diese vermieden werden können. Der CED unterstrich zudem, dass Amalgam seinen Platz im Instrumentarium des Zahnarztes behalten sollte, um den Bedürfnissen der Patienten bestmöglich gerecht werden zu können. In vielen Fällen ist Amalgam nach wie vor der beste zur Verfügung stehende Füllwerkstoff, und die Qualität alternativer Werkstoffe muss für den Einsatz in der öffentlichen zahnärztlichen Versorgung weiter verbessert werden.

ARBEITSGRUPPE AUSBILDUNG UND BERUFS-QUALIFIKATIONEN

Am 18. und 19. September **nahm das ehemalige Mitglied der Arbeitsgruppe, Frau Barbara Bergmann-Krauss, als Sach-**

verständige und im Namen des CED am zweiten Treffen der der ESCO-Referenzgruppe

“Gesundheits- und Sozialwesen” teil. Ziel dieses Projektes ist die Entwicklung einer webgestützten Anwendung zur Klassifizierung von Fähigkeiten und Kompetenzen für Berufe. Die Referenzgruppe wird bis zum 15. November einen ersten Entwurf einer sektoralen Aufschlüsselung (typisches Organigramm des Gesundheitssektors als eine Art Navigator bei der Suche nach freien Stellen) vorlegen. Dazu sind von den Mitgliedern der Referenzgruppe u.a. die Definition jeder Beschäftigung, die Eingangsqualifikationen für jede(n) Beschäftigung / Beruf und eine Liste der Schlüsselqualifikationen und -kompetenzen bereitzustellen.

Am 19. September **trafen sich das Mitglied der Arbeitsgruppe, Alfred Büttner, und die politische Referentin des CED, Sara Roda, mit MdEP Andreas Schwab** (EPP, Deutschland), um den Standpunkt des CED zur Berufsqualifikationsrichtlinie darzulegen und zu erörtern. Herr Schwab interessierte sich u.a. dafür, wie nach Ansicht des CED die Regelung zu den delegierten Rechtsakten transparenter gestaltet werden könnte und wie das Verfahren zum Europäischen Berufsausweis schneller und effizienter durchgeführt werden kann, ohne die Patientensicherheit zu gefährden (Regelung der stillschweigenden Anerkennung).

Im Anschluss an das Treffen forderte der CED die Einrichtung einer Sachverständigengruppe aus Vertretern der einzelstaatlichen Behörden, der Berufsverbände auf europäischer und nationaler Ebene, Vertretern aus der Wissenschaft und der Sozialpartner, um die Kommission bei der Erarbeitung delegierter Rechtsakte fachlich zu beraten. In Bezug auf die Regelung der stillschweigenden Anerkennung empfahl der CED die Herausnahme

des Gesundheitssektors bzw. die Aussetzung der Frist im Fall von berechtigten Zweifeln, da eine stillschweigende Anerkennung das Leben von Patienten gefährden kann.

Am 17. Oktober **trafen sich Alfred Büttner und Sara Roda mit MdEP Birgit Collin-Langen** (EPP, Deutschland), um den Standpunkt des CED zur Berufsqualifikationsrichtlinie darzulegen. Dabei beleuchteten sie insbesondere einige Aspekte, die im Vorschlag der Kommission zur Berufsqualifikationsrichtlinie verbessert werden könnten. **Sara Roda traf sich zudem am 4. Oktober mit der Assistentin der MdEP Sirpa Pietikäinen** (EPP, stellvertretende Vorsitzende des IMCO-Ausschusses, Finnland), um den Standpunkt des CED zur Berufsqualifikationsrichtlinie darzulegen.

Am 24. Oktober **trat die CED-ADEE Task Force erneut zusammen, um den neuen Entwurf von Anhang 5.3.1 der Berufsqualifikationsrichtlinie zu erörtern.** Die Task Force nahm an dem Dokument mehrere Änderungen zur Kürzung und besseren Anpassung an den künftigen Gesetzestext vor. Im März 2013 wird sie erneut zusammentreten, um den Entwurf des Anhangs fertigzustellen, der der CED-Vollversammlung voraussichtlich im Mai 2013 vorgelegt wird. Außerdem beriet und entschied die Task Force über die allgemeine Struktur der Begleitunterlage zum Entwurf des Anhangs. Darin sollen bestimmte Konzepte erläutert und die Verlagerung von Fächern zu Kompetenzen im Entwurf des Anhangs begründet werden. Die Task Force kam außerdem überein, ein gemeinsames Schreiben bzw. eine gemeinsame Stellungnahme auszuarbeiten, in dem die Europaparlamentarier aufgefordert werden, für bestimmte Abänderungen des Vorschlags der Kommission zur Änderung der Berufsqualifikationsrichtlinie zu stimmen, insbesondere für die Angabe

der Mindestdauer der Ausbildung für Zahnärzte in Jahren (5 Jahre), Ausbildungsstunden (5000 Stunden) und ECTS-Punkten (300 ECTS).

ARBEITSGRUPPE E-HEALTH

Am 18. September **nahm die Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Piret Väli**, als Sachverständige und im Namen des CED am dritten Treffen der eHealth Stakeholders Group teil. Erörtert wurden die laufenden Maßnahmen des eHealth Action Plan (der CED ist an der Interoperability Subgroup beteiligt) und die für das Jahr 2013 vereinbarten Maßnahmen (der CED beabsichtigt, sich an den Themen Arbeitskräfte/Qualifikationen zu beteiligen). Gegenwärtig sind drei weitere Treffen vorgesehen: zwei in Brüssel und ein Weiteres im Rahmen der Health Week vom 13. - 15. Mai 2013 in Dublin.

Am 20. September **kam die Arbeitsgruppe zu einer Online-Sitzung zusammen**, um die laufenden Aktivitäten und die kommenden Prioritäten der Arbeitsgruppe zu erörtern. Dabei kam die Arbeitsgruppe unter anderem überein, dass der CED an dem Treffen der Dental Special Interest Group (SIG) in Stockholm teilnehmen (siehe unten) und sich auf eine allgemeine Strategie zur Information der Patienten über die Initiativen zum Einsatz von Technologien zur Fernberatung (eConsultation) und zum Patientenmonitoring im häuslichen Umfeld (eHome) konzentrieren sollte.

Am 24. Oktober **nahmen die Mitglieder der Arbeitsgruppe Eric Delaeter und Jørn Jorgensen an dem Treffen der Dental SIG teil**, das im Rahmen der [IHTSDO](#)-Konferenz in Stockholm stattfand. Diese SIG wird sich künftig regelmäßig treffen, um den zahnmedizinischen Teil von SNOMED-CT zu erarbeiten. SNOMED-CT ist standardisiertes Terminologiesystem, das eine kohärente und umfassende Darstellung klinischer Konzepte in

elektronischen Patientenakten ermöglicht. Vorrangiges Ziel ist die Realisierung semantisch präziser, interoperabler Patientenakten.

ARBEITSGRUPPE INFektionsKONTROLLE

Am 28. September **kam die Arbeitsgruppe Infektionskontrolle in Danzig zusammen**. Dort wurden u. a. folgende Themen erörtert: die im Zusammenhang mit den Legionella-Zwischenfällen erfassten Informationen sowie empfohlene Verfahrensweisen für den Umgang mit dieser Problematik, die Ergebnisse des CED-Fragebogens zu Legionella pneumophila im zahnmedizinischen Umfeld, die gegenwärtigen Entwicklungen und Politiken im Bereich der Infektionskontrolle in den Mitgliedstaaten und das Mandat der Arbeitsgruppe, das der CED-Vollversammlung im November zur Verabschiedung vorgelegt wird.

ARBEITSGRUPPE MUNDGESUNDHEIT

Am 26. Juni **trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe Mundgesundheit** unmittelbar nach der [CED-Veranstaltung "Healthy mouth, healthy living, healthy ageing"](#) zu einer Sitzung in **Brüssel**. Sie äußerten ihr Bedauern darüber, dass nicht mehr Europaparlamentarier an der Veranstaltung teilgenommen hatten, zeigten sich jedoch zufrieden, dass wichtige Diskussionen über den Zusammenhang zwischen Mundgesundheit und allgemeiner Gesundheit mit Blick auf die Alterung der Bevölkerung und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Angehörigen der Gesundheitsberufe angestoßen worden waren. Außerdem stimmten sie darin überein, dass die nationalen Zahnärzteverbände dazu ermutigt werden sollten, ähnliche Veranstaltungen auf nationaler Ebene zu organisieren.

Am 15. Oktober 2012 kam die Arbeitsgruppe zu einer Online-Sitzung zusammen, um den Ent-

wurf des Mandats für ihre zukünftige Tätigkeit zu erarbeiten, der der CED-Vollversammlung im November zur Verabschiedung vorgelegt wird.

CED BOARD TASK FORCES

BTF ANTIBIOTIKA IN DER ZAHNHEILKUNDE

Am 24. September 2012 **trafen sich die Vorsitzende Susie Sanderson und die Leiterin des CED-Büros, Nina Bernot, mit der Leiterin des Krankheitsprogramms Antibiotikaresistenz und nosokomiale Infektionen (ARHAI), Dominique Monnet, und dem Gruppenleiter der Public Health Capacity & Communication Unit, Giovanni Mancarella, vom [Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten \(ECDC\)](#)**. Im Mittelpunkt des vom ECDC organisierten Treffens standen die geplanten Maßnahmen zur Unterstützung des [Europäischen Antibiotikages 2012](#) und die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit dem CED. 2012 finden flankierend zum Europäischen Antibiotikages eine Presseveranstaltung in Brüssel am 16. November und ein Twitter-Chat mit einem ECDC-Experten am 20. November statt; der CED ruft seine Mitglieder zur Teilnahme und Unterstützung beider Maßnahmen auf.

BTF KOMMUNIKATION

Am 22. Oktober **trat die BTF Kommunikation in Brüssel zusammen**, um die Kommunikationsmaßnahmen des CED zu erörtern. Die BTF hielt Rückschau auf die unter dem laufenden Jahresarbeitsplans Kommunikation durchgeführten Maßnahmen und beschloss, der Vollversammlung zu empfehlen, dass der Abschlussbericht für das laufende Jahr jeweils auf der November-Vollversammlung vorgelegt werden sollte, um eine informierte Entscheidung über Verabschiedung des Jahresplans für das Folgejahr zu ermöglichen. Außerdem stellte die BTF den Entwurf des Jahresar-

beitsplans Kommunikation 2013 fertig und erörterte die nächste Aktualisierung des EU-Handbuchs.

BTF FREIE BERUFE

Am 14. September traf sich die **BTF Freie Berufe in Brüssel**, um die Stellungnahme des CED zur [Konsultation zum Aktionsplan „Unternehmertum 2020“](#) zu erarbeiten. In der am 24. September an die CED-Mitglieder übermittelten Stellungnahme wird die Bedeutung der freien Berufe wie etwa Zahnärzten betont und empfohlen, dass die Bestimmungen zur Unterstützung von Unternehmern der spezifischen Situation der Freien Berufen Rechnung tragen sollten. Die Stellungnahme wird in den Aktionsplan „Unternehmertum 2020“ der Kommission einfließen.

CED-KOMMUNIKATIONSBEAUFTRAGTE

Am 21. September 2012 veranstaltete das Brüsseler Büro des CED das erste Treffen der CED-Kommunikationsbeauftragten, also der Personen, die für die Kommunikationsarbeit der nationalen Zahnärzterverbände zuständig sind. An dem Treffen, bei dem ein Besuch des Europäischen Parlaments, eine Präsentation der CED-Politik und -Strukturen und eine Diskussion über die Berufsqualifikationsrichtlinie mit der Gastrednerin Nevena Mateeva von der GD Binnenmarkt der Europäischen Kommission auf dem Programm stand, nahmen fünfzehn Teilnehmer aus zehn verschiedenen Ländern teil. Die Kommunikationsbeauftragten berieten das Brüsseler Büro zu kommunikativen Fragen und tauschten sich über nationale Erfahrungen bei der Kommunikation von Informationen aus, die für die Zahnärzteschaft von Belang sind. Das Treffen wurde von den Teilnehmern als sehr nützlich bewertet. Daher ist im kommenden Jahr ein weiteres solches Treffen vorgesehen.

BRÜSSELER BÜRO DES CED

JOINT ACTION ON HEALTH WORKFORCE

Am 28. September 2012 nahmen **Nina Bernot und Sara Roda an einem Vorbereitungstreffen der Joint Action on Health Workforce Forecasting and Planning** [Gemeinsame Maßnahme zur Planung und Prognose des Arbeitskräftebedarfs im Gesundheitswesen] in Brüssel teil. Der offizielle Start der Joint Action, die sich auf die quantitative und qualitative Planung des Arbeitskräftebedarfs im Gesundheitswesen konzentrieren wird, ist im Dezember 2012 vorgesehen. Der CED wird am Arbeitspaket zur qualitativen Planung und systematischen Vorausschau (»horizon scanning«) mitarbeiten, das sich mit der Ermittlung der zukünftigen Gesundheitsbedürfnisse und der erforderlichen Fähigkeiten und Kompetenzen der Arbeitskräfte im Gesundheitswesen befasst. Der CED wird die BTF Binnenmarkt, die Arbeitsgruppe Ausbildung und die Arbeitsgruppe Mundgesundheit ersuchen, den CED bei inhaltlichen Beiträgen zur Joint Action zu beraten.

JOINT ACTION ON PATIENT SAFETY AND QUALITY OF CARE

Am 3. Oktober 2012 nahmen **Nina Bernot und Sara Roda im Namen der CED-Arbeitsgruppe Patientensicherheit an einem Treffen der Teilnehmer an der Joint Action on Patient Safety and Quality of Care** [Gemeinsame Maßnahme zur Patientensicherheit und Qualität der Gesundheitsversorgung] in Madrid teil. Der CED beteiligt sich als assoziierter Partner am Arbeitspaket zur Identifizierung, Bewertung und zum Austausch bewährter klinischer Praktiken auf der lokalen klinischen Ebene, also der Ebene der direkten Patient-Arzt-Beziehung. Die Praktiken sollen durch einen Online-Fragebogen erfasst werden,

der ab November 2012 abrufbar ist. Die CED-Mitglieder werden über die Möglichkeiten zur Besteuerung von Beiträgen informiert.

TREFFEN MIT DER GD JUSTIZ UND DER GD SANCO ZUM THEMA DATENSCHUTZ

Am 29. Oktober nahm **Sara Roda als Vertreterin des CED an einem gemeinsamen Treffen der Gesundheitsberufe (CED, CPME und ZAEU) mit zwei Vertretern der GD Justiz und der GD SANCO teil**. Zweck des Treffens war die Erörterung der Auswirkungen des [Vorschlags der Europäischen Kommission für eine Datenschutz-Grundverordnung](#) auf Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen (KMUs) und die Klärung der Bestimmungen zu folgenden Punkten: 1) Anwendung der expliziten Einwilligung auf die Gesundheitsdienstleistungen; 2) das "Recht auf Vergessenwerden" und der Umfang von Ausnahmeregelungen in Bezug auf die Speicherung von Daten und die Möglichkeit der Beschränkung der Verarbeitung; 3) bestimmte Verpflichtungen, denen für die Verarbeitung Verantwortliche und Auftragsverarbeiter unterliegen, wie z.B. die Durchführung einer datenschutzspezifischen Folgenabschätzung und Einsetzung eines Datenschutzbeauftragten; 4) die Höhe der Geldbußen und 5) die Kostenschätzung für die Umsetzung der neuen Richtlinie für KMU, die Umgang mit sensiblen Daten haben.

EU-FORUM ZUR GESUNDHEITSPOLITIK

Am 25. Oktober 2012 nahmen **Nina Bernot und Sara Roda an einem Treffen des EU-Forums zur Gesundheitspolitik teil**, einer Plattform, durch die Interessengruppen aus dem Gesundheitsbereich in die europäische Gesundheitspolitik einbezogen und über diese informiert werden. Bei dem Treffen stellen die Kommission sowie die zypri-sche und irische EU-Ratspräsidentschaft gesundheitsrelevante Themen und die geplante

Datenschutz-Grundverordnung vor. Die Mitglieder des Forums einigten sich auf ein Positionspapier zur Bedeutung von Gesundheitsforschung und beschlossen, dass das Forum sich beim Europäischen Parlament und beim Rat dafür einsetzen soll, dass die EU Gesundheit als einen Wert an sich anerkennt und auch in Zeiten einer allgemeinen Wirtschaftskrise nicht vernachlässigt.

TEIL II - CED-ARBEITSGRUPPEN

ZAHNBLEICHMITTEL

ZUR GESCHICHTE DER ARBEITSGRUPPE

Die Arbeitsgruppe Zahnbleichmittel wurde 1998 als Arbeitsgruppe Bleichmittel (Bleaching Agents) eingesetzt und änderte ihren Namen im Mai 2006 in Arbeitsgruppe Zahnbleichmittel (Tooth Whitening). Im Laufe der Jahre hat die Arbeitsgruppe die Politik des CED in Bezug auf die Verwendung von Wasserstoffperoxid (H₂O₂) in der Zahnheilkunde mitgeprägt und ihr Fachwissen für die ordnungsgemäße Klassifizierung von Zahnbleichmitteln zur Verfügung gestellt. Dazu hat sie untersucht, ob Zahnbleichmittel die Folgen einer Erkrankung oder die Erkrankung selbst behandeln; sie hat überprüft, wie Zahnbleichmittel von den Mitgliedstaaten eingestuft werden und die Kriterien für das Anbringen der CE-Kennzeichnung ermittelt und sie hat recherchiert, wie die Konzentrationen von H₂O₂ sich auf die Art ihrer Klassifizierung auswirken. Die Arbeitsgruppe hat analysiert, wem die Verwendung von Konzentrationen von mehr als 6% H₂O₂ gestattet werden sollte, sie hat die wissenschaftliche Literatur zu Zahnbleichmitteln untersucht, insbesondere mit dem Ziel, Nachweise über die Sicherheit (bzw. Nicht-Sicherheit) der Verwendung unterschiedlicher Konzentrationen von H₂O₂ zu finden und sie hat die Verfügbarkeit von Zahnbleichmitteln mit einer Konzentration von mehr als 6% Was-

serstoffperoxid überprüft.

AKTUELLE TÄTIGKEIT

Zwischen 2010 und 2011 verfolgte die Arbeitsgruppe den Vorschlag der Kommission, wasserstoffperoxidhaltige Zahnbleichmittel unter der [Kosmetikrichtlinie \(76/768/EEC\)](#) zu regulieren. Anhang III dieser Richtlinie wurde durch [Richtlinie 2011/84/EU des Rates](#) geändert, die das Inverkehrbringen von Produkten mit einer Konzentration von mehr als 6% H₂O₂ untersagt und neue Bedingungen für die Verwendung von Produkten mit einer Konzentration zwischen 0,1 % und 6 % H₂O₂ festlegt. Diese werden in den von der Arbeitsgruppe 2012 erarbeiteten [CED-Leitlinien zur Auslegung und Umsetzung der Richtlinie 2011/84/EU des Rates](#) und im [Tooth Whitening Fact Sheet](#) erläutert. Richtlinie 2011/84/EU zielt auf die Umsetzung der Stellungnahme des [Wissenschaftlichen Ausschusses "Konsumgüter" \(der durch den Wissenschaftlichen Ausschuss "Verbrauchersicherheit" \(SCCS\) ersetzt wurde\) vom 18. Dezember 2007 über Wasserstoffperoxid in freier Form oder freigesetzt, in Mundhygieneprodukten und Zahnbleichmitteln](#) ab.

Die Arbeitsgruppe hat die Verwendung alternativer Zahnbleichmittel, darunter auch Chlordioxid, und deren Auswirkungen auf die Zähne untersucht. Außerdem hat die Arbeitsgruppe die Mitgliedsverbände in Ländern unterstützt, in denen Zahnbleichmittel rechtswidrig von Nicht-Zahnärzten verwendet werden, was eine Gefährdung der Öffentlichkeit darstellt.

POSITION

Zähnebleichen (Bleaching) ist eine zahnärztliche Leistung und sollte ausschließlich approbierten Zahnärzten oder anderen zur Ausübung der Zahnheilkunde berechtigten zahnmedizinischen Fachkräften vorbehalten sein. Nichtzahnärzte sind nicht ausgebildet, den weiteren Gesundheitszustand eines Patien-

ten zu berücksichtigen und Probleme zu erkennen (wie z.B. Zahnfleischerkrankungen), die Auswirkungen auf die Eignung einer Person für eine Bleachingbehandlung haben, und sie verwenden gelegentlich unsachgemäße und möglicherweise gefährliche Chemikalien.

Zahnbleichmittel werden auf EU-Ebene als kosmetische Mittel und nicht als Medizinprodukte eingestuft und fallen unter die Richtlinie 76/768/EEC (siehe [Fassung 1.13 des Handbuch zur Abgrenzung und Klassifizierung von Medizinprodukten](#), Seiten 35-36). Daher ist die CE-Kennzeichnung auf diesen Produkten unberechtigterweise angebracht.

POLITISCHE PRIORITÄTEN 2012-2013

Die Arbeitsgruppe wird die Umsetzung der Richtlinie 2011/ 84/EU weiter verfolgen und sich daraus ergebende Fragen beantworten. Sie unterstützt die Verwendung des [Berichtsmechanismus zur Meldung unerwünschter Nebenwirkungen](#), die durch Zahnbleichmittel verursacht werden, und wird den "zusammengefassten Jahresbericht" zur Vorlage bei der Kommission erstellen, in dem die von Zahnärzten festgestellten oder von den Patienten selbst gemeldeten unerwünschten Nebenwirkungen von Zahnbleichmitteln mit einer Konzentration zwischen 0,1 % und 6 % H₂O₂ erfasst sind. Der erste Bericht wird den Zeitraum vom 1/10/2012 bis zum 31/10/2013 abdecken. Die Arbeitsgruppe wird zudem weitere Untersuchungen durch die Industrie und die Suche nach wissenschaftlichen Beweisen unterstützen, um der Kommission einen Ansatz in Bezug auf Konzentrationen über 6% H₂O₂ und die Verwendung von Zahnbleichmitteln bei Personen unter 18 Jahren zu eröffnen.

WER MACHT DAS MÖGLICH

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe bestimmt maßgeblich die strategi-

sche Ausrichtung des CED. Der Arbeitsgruppe gehören 6 Mitglieder aus 6 Mitgliedstaaten an. Dazu zählen:

- **Dr. Stuart Johnston** – Vorsitzender der CED-Arbeitsgruppe, Mitglied des Principal Executive Committee der British Dental Association, Vorsitzender des Dental Practice Committee der World Dental Federation (FDI) und Zahnarzt, Vereinigtes Königreich;

- **Prof. Dr. Nicolai Sharkov**, CED-Vorstandsmitglied und Verbindungsperson, Vizepräsident des bulgarischen Zahnärzterverbandes, designierter Präsident der Balkan Stomatological Society, Zahnarzt, Bulgarien;

- **Prof. Dr. Alessandro Pala**, Senior Professor an der Universität Rom, der eine Reihe von Forschungsprojekten zu magnetischen Nanopartikeln und zu Struktur-Wirkungs-Beziehungen von Proteinen leitet, zuvor Professor für klinische Chemie an derselben Universität (bis zum 1. November 2011), Doktor der Chemie, Mitglied des SC7 "Mundpflegeprodukte" im ISO TC 106 (Zahnheilkunde), Berater der ANDI - Associazione Nazionale Dentisti Italiani, Italien;

- **Dr. Roland L'Herron**, CED-Vorstandsmitglied, Zahnarzt und Verfasser zahlreicher Fachbeiträge, CNSD - Confédération Nationale des Syndicats Dentaires, Frankreich; und

- **Dr. Stefaan Hanson**, Zahnarzt und Executive Director des flämischen Zahnärzterverbandes, Belgien.

TEIL III - BEITRÄGE DER CED-MITGLIEDSVERBÄNDE

GROSSES INTERESSE AN NEUER SCHLICHTUNGSTELLE DER IRISCHEN ZAHNÄRZTEKAMMER

Die im Mai 2012 von der Irish Dental Association eingerichtete neue Schlichtungsstelle für Patienten ist bereits jetzt ein großer Erfolg.

Ziel des Dental Complaints Resolution Service ist es, Patienten und betroffenen Zahnärzten bei der Beilegung von Beschwerden über zahnärztliche Leistungen zur Seite zu stehen. Die Schlichtungsstelle ist die jüngste Initiative des Verbandes, mit der das Vertrauen in die hohen Standards der zahnärztlichen Versorgung gestärkt werden soll.

Der Mediator der Schlichtungsstelle, Michael Kilcoyne, ehemaliger Ministerialbeauftragter beim Dental Council und gegenwärtig Vorsitzender des irischen Verbraucherverbandes, erklärte, dass die Zahl der eingegangenen Anfragen die Erwartungen schon jetzt bei weitem übertroffen hat.

Er sieht dies als klaren Beweis für den Zuspruch, den die Schlichtungsstelle sowohl von der Zahnärzteschaft als auch von der Öffentlichkeit erfährt.

Die häufigsten Beschwerden betrafen Behandlungsgebühren, angeblich mangelhafte Leistungen, unzureichende Arzt-Patienten-Kommunikation oder unzulängliche Nachbehandlung. Eine Reihe von Beschwerden konnten bereits zur beidseitigen Zufriedenheit der Beteiligten gütlich beigelegt werden, was angesichts des kurzen Zeitraums als ausgesprochen schnelles und erfolgreiches Ergebnis zu bewerten ist. Die Zahnärzte zeigen sich erfreut darüber, dass Beschwerden zeitnah und ohne langwierigen und kostspieligen anwaltlichen Schriftverkehr beigelegt werden.

Zudem kann ein solches Verfahren zur Beschwichtigung der Patienten beitragen, es ist geeignet, die Serviceorientierung gegenüber Patienten zu überprüfen, und der professionelle Umgang mit Beschwerden stärkt langfristig die Beziehungen mit den Patienten.

Weitere Information über die Schlichtungsstelle stehen Zahnärzten und der Öffentlichkeit unter folgendem Link zur Verfügung: www.dentalcomplaints.ie

Beitrag des irischen Zahnärzterverbandes

“STOMATOLOGIE 2012 – DIE WELTNICHTRAUCHERTAG”- KONFERENZ IN WARSCHAU

Die polnische Ärzte- und Zahnärztekammer und insbesondere ihr zahnärztlicher Ausschuss setzen sich seit Jahren dafür ein, die Öffentlichkeit für die Bedeutung der Mundgesundheit für die allgemeine Gesundheit zu sensibilisieren. Dazu führt die Kammer verschiedene Maßnahmen in diesem Bereich durch. Eine davon ist die jährliche Konferenz in Warschau, die führende Zahnärzte und Ärzte verschiedener Fachgebiete, Wissenschaftler, Forscher sowie Vertreter der Massenmedien und der Gesundheitsverwaltung zusammenbringt. Zu den wichtigsten Themen der vergangenen Jahre zählten u.a. die Epidemiologie oraler Erkrankungen und die Rolle von Zahnärzten bei der Bereitstellung der allgemeinen Gesundheitsversorgung (Zahnarzt als Hausarzt).

Dieses Jahr fand die Konferenz am 31. Mai statt - dem WHO Weltnichtrauchertag. Er bot eine perfekte Gelegenheit, um die mit dem Rauchen verbundenen Gesundheitsrisiken aufzuzeigen und Fragen zu Prävention und Diagnose im Rahmen der Mundgesundheit zu erörtern. Die Präsentationen befassten sich mit verschiedenen Aspekten dieser Thematik – neben der Frage der Zuständigkeiten und der Zusammenarbeit zwischen Zahnärzten und Ärzten wurden auch wichtige rechtliche und finanzielle Überlegungen angesprochen. Zu den eingeladenen Gastrednern gehörten Vertreter der WHO und des Gesundheitsministeriums.

Wie schon in den Jahren zuvor wurde ein besonderes Augenmerk auf die Verbreitung der auf der Konferenz vorgetragenen Informationen gelegt. Erfolgsentscheidend ist, dass die Botschaft nicht nur in Fachkreisen wahrgenommen wird, sondern auch die breite Öffentlich-

keit erreicht. Daher wurden zahlreiche Vertreter der Massenmedien eingeladen, und die Konferenz wurde von einer Reihe interessanter Beiträge in Presse, Rundfunk und Fernsehen begleitet.

Beitrag der polnischen Ärzte- und Zahnärztekammer

DER EUROPÄISCHE BINNENMARKT FÜR DIE FREIEN HEILBERUFE: EINE GEFAHR FÜR DIE QUALITÄT DER VERSORGUNG? – 7. EUROPATAG DER BUNDESZAHNÄRZTEKAMMER

Die Auswirkungen des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen und Folgen der zunehmenden innereuropäischen Mobilität der Arbeitnehmer auf die Qualität der Patientenversorgung standen im Mittelpunkt des 7. Europatags der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), der am 05. September 2012 in Berlin stattfand.

Rund 70 Teilnehmer aus Behörden, Kammern und Verbänden folgten der Einladung in die Hörsaalruine des Berliner Medizinhistorischen Museums der Charité. Aktueller Anlass waren in diesem Jahr der im April 2012 veröffentlichte EU-Aktionsplan Gesundheitsberufe und die laufenden Beratungen über die Revision der Berufsamerkenungsrichtlinie. Mit einem Impulsreferat bereitete die parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Gesundheit Annette Widmann-Mauz (CDU), MdB, das Feld für die Diskussion. Caroline Hager von der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission (EK) zeigte auf, wie die EU mittels des Aktionsplans Gesundheitsberufe den Fachkräftemangel, der mittlerweile alle EU-Mitgliedstaaten erreicht hat, bekämpfen will.

In einer Diskussionsrunde, moderiert von Journalistin Dr. Ursula Weidenfeld, diskutierten Dr. Rolf Koschorrek, MdB, Obmann der

CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestags und Präsident des Bundesverbands der Freien Berufe, Gertrud Stöcker, Vizepräsidentin des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe, Ministerialdirigent Dr. Volker Grigutsch, Leiter der Unterabteilung „Krankheitsbekämpfung - Allgemeine Gesundheitsvorsorge“ im Bundesgesundheitsministerium, Prof. Dr. Winfried Kluth vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Caroline Hager und BZÄK-Präsident Dr. Peter Engel über Wege aus dem Fachkräftemangel und die Rolle, die die berufsständische Selbstverwaltung dabei übernehmen muss.

Das Programm sowie weitere Informationen zu der Veranstaltung finden Sie auf der Homepage der BZÄK unter: www.bzaek.de/wir-ueber-uns/europa.html

Beitrag der BZÄK, Deutschland

CED-Mitglieder, die weitere Informationen zu den im Newsletter enthaltenen Themen wünschen, wenden sich bitte an: ced@eudental.eu